

Soziale Marktwirtschaft zwischen europäischer Integration und Weltwirtschaft

Werner Abelshauser

	Seite
1 Einleitung	80
2 Von der Kultur des Vertrauens zur Risikokultur	81
3 Anforderungen an den Standort Deutschland im 21. Jahrhundert	83
4 Deutschland in der globalen Wirtschaftsordnung	85
5 Deutsche Weltpolitik?	88
6 Schlussbemerkungen	91
Literatur	92

1 Einleitung

Die Schockwirkung tiefgreifender Wirtschaftskrisen löst in der Regel zwei Effekte aus, die geeignet sind, die bestehende Ordnung zu verändern: zuerst den Inspektionseffekt, der verborgene Probleme sichtbar macht und den Blick für notwendige Änderungen schärft. Ihm folgt, wenn auch nicht zwingend,¹ der Verwerfungseffekt: Erkannte Fehlentwicklungen führen unter hohem Leidensdruck zu sprunghaften Veränderungen politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse. Bewähren sich dagegen bestehende Institutionen im Angesicht der Herausforderung, werden Zweifel obsolet, denen sie zuvor ausgesetzt waren. Die derzeitige Finanzmarktkrise macht da keine Ausnahme, wenn sie alte Streitfragen neu beantwortet. Dazu gehört vor allem die Frage nach der Zukunft des Nationalstaates, die für Deutschland eine europäische und eine globale Option beinhaltet. Der Ablauf des Geschehens hat schon jetzt eine grundlegende Erkenntnis offenbart: Der Souverän, der über den wirtschaftlichen Ausnahmezustand gebietet, ist weder die Europäische Union (EU), deren Rat und Kommission sich nach Ausbruch der Krise auffallend passiv verhielten, noch sind es die Vereinten Nationen mit ihren Internationalen Finanzinstitutionen. Spuren entschlossenen Handelns ihrer Flaggschiffe Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank sucht man ebenfalls vergebens. Es war der Nationalstaat, der sich im Ernstfall handlungsfähig zeigte. Darauf kommt es aber an: Das Normale beweist nichts, die Ausnahme alles (Schmitt, 1922, 22).

Das (vorläufige) Ergebnis der Kriseninspektion taucht darüber hinaus zahlreiche offene Forschungsfragen in ein neues Licht. Zwei dieser Problemlagen sollen hier erörtert werden, weil sie eng miteinander verbunden sind und die Zukunft der deutschen, europäischen und weltweiten Wirtschaft entscheidend beeinflussen.

- Zunächst gilt es zu klären, ob die Erfahrungen der Finanzmarktkrise die Zukunftsfähigkeit der deutschen oder europäischen Wirtschaftskultur in einem neuen Licht erscheinen lassen, nachdem sie bis zum Jahr 2008 eher bezweifelt wurde. Die Frage ist, ob sich der hohe ethische Anspruch, den die Soziale Marktwirtschaft an das Handeln ihrer wirtschaftlichen Akteure stellt, mit den wachsenden Anforderungen an deren internationale Wettbewerbsfähigkeit vereinbaren lässt.
- Der Inspektionseffekt der Finanzmarktkrise zwingt aber auch zu einer Ortsbestimmung der deutschen Wirtschaft zwischen europäischer Integration und globaler Wirtschaftsordnung. Sollen die europäischen Institutionen darauf ausgelegt werden, dem Zeitalter der Nationalstaaten ein Ende zu bereiten und in Europa eine einheitliche Wirtschaftskultur auszuformen? Oder sollen sich – ganz im Gegenteil – die europäischen Nationalstaaten des Mittels der wirtschaftlichen Integration bedienen, um selbst zu überleben und ihre jeweiligen Wettbewerbsvorteile auf dem Weltmarkt zu stärken?

1 So hat die Kleine Weltwirtschaftskrise der 1970er Jahre das Problembewusstsein auf vielen Feldern zwar geschärft, Problemlösungen aber nicht hervorgebracht.

Aus rechtlicher Perspektive scheint die Antwort klar. Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts fand dafür in seinem Lissabon-Urteil vom 30. Juni 2009 die Formel: Auf der Grundlage einer Vertragsunion souveräner Staaten dürfe die europäische Vereinigung nicht so verwirklicht werden, „dass in den Mitgliedstaaten kein ausreichender Raum zur politischen Gestaltung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebensverhältnisse mehr bleibt“ (BVerfG, 2009). Die Praxis der europäischen Integration hat bisher allerdings auf die verfassungsrechtlichen Bindungen ihrer Protagonisten wenig Rücksicht genommen. Sie stützt sich traditionell viel mehr auf die funktionalistische Theorie der Integration (Abelshauer, 2010a). Der Glaube an die Zwangsläufigkeit wirtschaftlich-technokratischer Integrationsprozesse lieferte den politischen Eliten in Europa schon immer die Legitimation, politische Berge zu versetzen und die Zuständigkeit der Gemeinschaft ohne ausdrückliche Zustimmung des Souveräns zu erweitern. Die gegenwärtige Krise der Europäischen Währungsunion bietet dafür ein Beispiel par excellence.

2 Von der Kultur des Vertrauens zur Risikokultur

Es ist lange her, dass die sprichwörtliche „Deutschland AG“ reibungslos funktioniert hat. In den 1990er Jahren schien sie endgültig in die Defensive zu geraten. Sie konnte sich nur noch mühsam gegen die vermeintliche Überlegenheit eines globalen Standardkapitalismus behaupten, der im Begriff war, das deutsche Modell – wie andere „Varieties of Capitalism“ (Hall/Soskice, 2001) auch – gleichzuschalten.

Unter dem Einfluss der Finanzmarktkrise könnten die Karten allerdings neu gemischt werden. Je mehr sein größter Widersacher in der Krise an Strahlkraft verliert und Verantwortung für die „Versumpfung des Kapitalismus“ (Eucken, 1932, 315) übernehmen muss, desto mehr gewinnen das europäische Modell im Allgemeinen und das deutsche im Besonderen ihre ethische Anziehungskraft und wirtschaftliche Reputation zurück. Letzteres stellt nicht unbedingt höhere, aber jedenfalls erweiterte Ansprüche an die Verantwortung des Unternehmers in der Marktwirtschaft. Die Verantwortung unternehmerischen Handelns reicht im deutschen Modell nämlich weit über einzelwirtschaftliche Zusammenhänge hinaus. Mehr als in anderen Wirtschaftskulturen umfasst der Handlungsrahmen des Unternehmers das gesamte soziale System der Produktion, in dem er sich bewegt. Darunter ist die Art und Weise zu verstehen, wie die Wirtschaft in ihren Funktionsbereichen organisiert und in den gesellschaftlichen Kontext eingebettet ist – etwa im Finanzsystem, in der Unternehmensführung (Corporate Governance), in den Arbeitsbeziehungen, in der Interessenpolitik, im Binnenverhältnis der Branchen und im Ausbildungswesen, um nur die wichtigsten Bereiche zu nennen.

Der Geist, der diesen organisatorischen Rahmen ausfüllt, lebt von Institutionen, die als weithin akzeptierte Denk- und Handlungsweisen zu Spielregeln geronnen sind. Diese Institutionen standen einmal für die Kardinaltugenden deutscher Unternehmer (und ihrer wirtschaftlichen Mitspieler) und beanspruchen noch heute im überwiegenden Teil der deutschen Wirtschaft Geltung: Autonomiebewusstsein, Selbstverwaltung, Kooperations-

bereitschaft und Soziabilität, also die Fähigkeit zur spontanen vertrauensvollen Zusammenarbeit, um sich im Wettbewerb auf wichtigen Märkten komparative Vorteile zu sichern. Diese institutionelle und organisatorische Konstellation der Marktwirtschaft kennzeichnet eine Wirtschaft, in der weder das Individuum noch der Staat den Ton angibt. Sie ist vielmehr in die dichte, historisch gewachsene Landschaft von Institutionen und Organisationen gebettet, deren Akteure in der Zivilgesellschaft (den Hegel'schen Korporationen) zwischen diesen beiden Polen, Individuum und Staat, zu Hause sind. Diese korporative Marktwirtschaft – wie man sie nennen könnte – ist in Deutschland längst zum integralen Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft geworden.²

In Deutschland verbindet sich mit diesem autonomen, selbst verwalteten Status der Wirtschaft traditionell ein hoher ethischer Anspruch an unternehmerisches Handeln. Gustav Schmoller, der führende Wirtschaftswissenschaftler des Kaiserreichs, sah gerade darin die „sittliche Bedeutung“ korporativer Marktwirtschaft, dass sie nicht durch „Börse und Spekulation“, sondern durch „Einsicht in die Notwendigkeit“ und den Sieg gemeinsamer Interessen über blinden Eigennutz und kurzfristigen Egoismus zustande komme (Schmoller, 1906, 254). Generationen deutscher Unternehmer, von Alfred Krupp bis Berthold Beitz, von den Rathenaus bis Hilmar Kopper, von Hanns Martin Schleyer bis Reinhard Mohn haben dies cum grano salis ebenso gesehen. Anders die meisten ihrer angelsächsischen Kollegen. Unterschiedliche historische Erfahrungen vor Augen, misstrauen sie der Kraft unternehmerischer Verantwortungsethik. Adam Smith setzte lieber auf die unsichtbare Hand des Marktes – war er doch überzeugt, dass Kaufleute selten auch nur zu Lustbarkeiten und Zerstreuungen zusammenkämen, ohne dass ihre Unterhaltung mit einer Verschwörung gegen das Publikum ende (Smith, 1776, 171 f.). Smith' Epigonen halten es heute sogar wieder mehr mit der zynischen Paradoxie der Mandeville'schen Bienenfabel, der zufolge sich selbst unmoralische Motive der Akteure nach dem Motto „Private Vices, Public Benefits“ über den Marktmechanismus in öffentliche Vorteile verwandeln (Mandeville, 1732). In Deutschland konnten sich solche Ideen bisher nicht vollends durchsetzen – zumal sie auch in theoretischer Sicht nur unter sehr engen Voraussetzungen Gültigkeit beanspruchen können.

Die Erfahrung der Finanzmarktkrise legt vielmehr nahe, dass es gerade ethische Prinzipien sind, die den Unterschied zwischen europäischen und US-amerikanischen Strategien auf den Märkten ausmachen. Bis in die 1990er Jahre gab es zum Beispiel in beiden Wirtschaftskulturen zwar unterschiedliche, aber jeweils sehr wirksame Mittel, um die Gefahren zu beherrschen, die von der Geldschöpfungsmacht der Banken ausgehen. Dass Banken hoch gefährdete und zugleich für die Stabilität des Wirtschaftskreislaufs gefährliche Unternehmen sind, gehört seit mehr als einem Jahrhundert zum Grundlagenwissen der Finanzwissenschaft. Georg Friedrich Knapp, Schöpfer der staatlichen Theorie des Geldes, er-

2 Zu den Wandlungen der Sozialen Marktwirtschaft vgl. Abelshausen (2009a). Der englische Begriff der (Business-)Coordinated Market Economy, der auf diese Wirtschaftsweise abzielt, verkürzt zwar ein wenig die Realität, meint aber dasselbe.

kannte früh die gesamtwirtschaftliche Relevanz und die Entwicklungsdynamik, die dem Giroverkehr der Banken eigen sind. Er schränkte freilich ein, dass sich der Geldschöpfungsreichtum des Bankensystems nur „zu Geschäften benutzen [lässt], die ganz sicher sind“, um aber gleich hinzuzufügen: „Andere Geschäfte pflegen solche Banken ohnehin nicht zu unternehmen“ (Knapp, 1905, 138). Dass dies lange so blieb, dafür sorgte eine Kultur des Vertrauens, die sowohl individueller als auch kollektiver Ethik entspringt. Bankiers wussten am besten, dass gerade das Streben nach Eigennutz zu besonderer Sorgfalt im Umgang mit dem Risiko verpflichtete. Solange die „Deutschland AG“ funktionierte, kam die Praxis selbst verwalteter Kontrolle hinzu, die aus der kollektiven Ethik resultierte, aus der die Soziale Marktwirtschaft ihre komparativen institutionellen Vorteile auf den Märkten zieht (Abelshausen, 2009b, 635 ff.).

Die Wende von der Vertrauenskultur zur Risikokultur, die in den 1980er Jahren in den USA einsetzte und bald auch in Europa Fuß fasste, verlieh dann den Kapitalmärkten die Dynamik, die diesen Sektor seitdem zur Herrschaft über die Gesamtwirtschaft befähigt. Risikokultur darf dabei freilich nicht mit einer wachsenden individuellen Bereitschaft verwechselt werden, höhere Risiken zu tragen. Sie ging vielmehr mit dem durch Nobelpreise legitimierten Einzug finanzmathematischer Modelle auf den Kapitalmärkten einher, die im Gegenteil die völlige Ausschaltung von Risiken mit wissenschaftlichen Methoden versprachen und auf dieser Basis ein neues Geschäftsmodell begründeten (Chappe et al., 2012, 59 ff.). Damit mussten Risiken nicht mehr gemieden, sondern durch vermeintlich sichere Verfahren (kurzfristig) beherrschbar gemacht werden. Mit dem Ausbruch der Finanzmarktkrise wurde die Problematik dieser Variante der Marktsteuerung der unsichtbaren Hand offensichtlich. Seitdem gewinnt die deutsche Praxis der sichtbaren Hand, die den Akteuren die Aufgabe zuweist, sich an Regeln zu orientieren, die freiwillig akzeptiert oder ordnungspolitisch gesetzt werden, wieder an Attraktivität, ohne dass damit ihr Primat als ein Verwerfungseffekt der Finanzmarktkrise schon gesichert wäre.

Die Entscheidung, welche Regeln künftig in der deutschen Wirtschaft gelten sollen, wird in letzter Konsequenz davon abhängen, welche Anforderungen an den Standort Deutschland im 21. Jahrhundert gestellt werden. In dem Maße, wie Unternehmer ihre Rolle im sozialen System der Produktion reflektieren und in der Lage sind, ihr eigenes Nutzenkalkül darauf abzustellen, nehmen sie ihre unternehmerische Verantwortung wahr.

3 Anforderungen an den Standort Deutschland im 21. Jahrhundert

Spätestens als die in Westdeutschland praktizierte kooperative wirtschaftliche Interessenpolitik (Konzertierte Aktion) die Herausforderung der Kleinen Weltwirtschaftskrise der 1970er Jahre besser überstanden hatte als andere große Wirtschaftsnationen, war das „Modell Deutschland“ geboren. Konnte man das „Wirtschaftswunder“ der langen 1950er Jahre noch auf Sonderbedingungen der Nachkriegszeit zurückführen, mussten die Ursachen der deutschen Wettbewerbsstärke jetzt in den institutionellen Rahmenbedingungen

der deutschen Wirtschaft gesucht werden. Die Folge war, dass selbst kritische Beobachter in ihr die erfolgreichste Variante einer gerechten und effizienten „rheinischen“ Spielart des Kapitalismus („Capitalisme rhénan“, Albert, 1991) sahen, die – von Skandinavien bis Norditalien, von der Seine bis an die Oder – zum gemeinsamen europäischen Erbe gehöre.

Der Standort Deutschland geriet freilich bald wieder in die Kritik, als die weltweite Dynamik des US-amerikanischen Kapitalismus in den 1990er Jahren auch Europa herausforderte. Im Vergleich zu den hohen und kurzfristigen Gewinnen, die beispielsweise durch Börsengänge oder den Einsatz neuer, finanzmathematisch perfektionierter, jedes Risiko scheinbar ausschließender Anlageformen realisiert wurden, erschienen die herkömmlichen, aber nachhaltig ausgelegten Renditen der deutschen Wirtschaft (zu) bescheiden. Die Folge war ein bis zum Jahr 2007 anhaltender wirtschaftlicher Kulturkampf um eine umfassende Neuausrichtung der deutschen Wirtschaft. Infrage gestellt wurde der wirtschaftliche Wert ihrer bis dahin so erfolgreichen Kerninstitutionen: die Fähigkeit des Finanzsystems, geduldiges, das heißt an nachhaltiger Rendite interessiertes Kapital anzubieten, die Pflege kooperativer Arbeitsbeziehungen, eine an den Interessen aller im Unternehmen verwurzelten Akteure (Stakeholder Value) orientierte Corporate Governance, das duale System qualifizierter Berufsausbildung, korporative Interessenpolitik. Kurzum betraf es den wirtschaftlichen Sinn der „Deutschland AG“, die alle diese Anforderungen und damit den Erfolg des deutschen Produktionsmodells bis dahin garantiert hatte.

Dessen Stärke lag und liegt noch heute vor allem auf den Märkten für diversifizierte Qualitätsprodukte mit hoher immaterieller Wertschöpfung. Darunter sind anspruchsvolle, qualitativ überlegene Produkte zu verstehen, zum Beispiel maßgeschneiderte, „intelligente“ Maschinen, anwendungstechnisch veredelte Produkte und Dienstleistungen aller Art, Verfahrenstechnik auf allen Gebieten oder auch hochwertige Fahrzeuge sowie der Bau komplexer Industrie- und Infrastrukturanlagen. Um in diesen großen und wichtigen Weltmarktsegmenten zu führen, bedarf es eines institutionellen Rahmens, der auf diese Produktionsweise abgestimmt ist. Nur weil die deutsche Wirtschaft über spezifische Institutionen verfügt und damit über Kostenvorteile im internationalen Wettbewerb, konnte sie auf den Weltmärkten für diversifizierte Qualitätsproduktion an die Spitze gelangen und diese Position bis heute verteidigen.

Aus der Logik dieser Märkte ergeben sich zwingende Einsichten. Während die wirtschaftliche Grundverfassung des deutschen Standorts offenbar noch funktioniert, ist der Vormarsch des Finanzmarktkapitalismus (vorläufig) gescheitert. Wenn sich das deutsche Modell der Marktwirtschaft bisher auch unter starkem Druck als widerstandsfähig erwiesen hat, liegt dies gewiss nicht in erster Linie an der Einsicht der Vorstände der Dax-Konzerne in die Überlegenheit europäischer Spielregeln über die Dogmen des Standardkapitalismus. Die wahren Verfechter dieser Regeln sind vielmehr die kleinen und mittleren Unternehmen, die den Löwenanteil zur Beschäftigung und zum Volkseinkommen in Deutschland und Europa beitragen. Sie sind auf diese Spielregeln nicht nur angewiesen, um im globalen Wettbewerb zu bestehen; sie machen auch unmittelbare und meist positive Erfahrungen bei ihrer Anwendung. Sie geraten deshalb nicht so leicht in Versuchung, auf modische

Konzepte zu setzen, deren Horizont oft nicht weit über die kurzfristigen Ziele angestellter Manager in Großunternehmen oder institutioneller Anleger auf dem Kapitalmarkt hinausreicht.

Die Kritik am Standort Deutschland setzt aber auch tiefer an. Es fehlt ihm nach verbreiteter Meinung zwar nicht an Innovationsfähigkeit im Allgemeinen, aber doch an Neuerungskraft auf bestimmten Märkten, von denen alle Welt annimmt, sie seien die zukunftsträchtigen. Diese Kritik ist sehr ernst zu nehmen, liegt doch die deutsche Exportwirtschaft auf dem Sektor der Informationstechnologie und anderen hoch innovativen Märkten nur im oberen Mittelfeld (Fraunhofer-Institut, 2007, 22 f.). An der Antwort auf die Frage, wie dieser Innovationsschwäche abzuhelpfen ist, scheiden sich die Geister. Die einen halten das deutsche Wirtschaftssystem gerade auch aus diesen Gründen für obsolet und daher einen Neustart für zwingend. Sie plädieren für ein neues Produktionsregime mit anderen, vor allem aber weniger Spielregeln, für die zumeist die USA als Vorbild dienen. Dies könnte auf schwachen Märkten vielleicht Abhilfe schaffen, ginge aber zulasten der Märkte für diversifizierte Qualitätsproduktion, von denen hierzulande zwei Drittel der Erwerbstätigen (und der Unternehmer) sehr gut leben. Nach dem Jahr 2007 sind diese Stimmen leiser geworden. Die anderen setzen auf Reformen des bestehenden Produktionsregimes, um Verkrustungen zu lösen. Solange dieses nicht in seinem Kern versagt, und dafür gibt es keine Anzeichen, bietet sich keine sinnvolle Alternative zu dem Versuch, es von in Jahrzehnten angehäuften Schlacken und Lasten zu befreien und mit neuen, nicht zuletzt auch demografischen Entwicklungen kompatibel zu halten.

Bisher konnte sich am Ende immer wieder eine Strategie der Reformen durchsetzen. In seiner „Berliner Rede“ (mit der bekannten Kernaussage: „Durch Deutschland muss ein Ruck gehen“) schickte Bundespräsident Roman Herzog sein Land 1997 auf den langen Weg der Reformen und betonte, dass „nicht alles, was in Amerika geschieht, auf uns übertragbar ist und dass wir amerikanische Verhältnisse bei uns auch gar nicht wollen“ (Herzog, 1997). Auf dem Höhepunkt der Finanzmarktkrise bezog auch Horst Köhler, einer seiner Nachfolger, der zuvor die wichtige Position des Geschäftsführenden Direktors des Internationalen Währungsfonds innehatte, in diesem Sinne Stellung im Wettbewerb der Wirtschaftskulturen. Er forderte die Deutschen auf, ihren „Finanzsektor strategisch (zu) überprüfen“ und empfahl der Politik „ein selbstbewusstes Eintreten für die kontinentaleuropäische Finanz- und Bankkultur“ (Die Welt, 2008, 2).

4 Deutschland in der globalen Wirtschaftsordnung

Die Kritik an der aus der Kontrolle geratenen Verfassung des globalen Kapitalmarktes hat schon Tradition. Auf der Weltwirtschaftskonferenz von Venedig im Jahr 1980 eröffnete Helmut Schmidt in der ihm in der Krise zugewachsenen Rolle als „Weltökonom“ den Reigen der Kritiker, als er die rudimentäre Weltwirtschaftsregierung der G-7 dazu aufforderte, endlich die Herrschaft über die Kapitalmärkte zurückzugewinnen (Schmidt, 1980). Die Aktualität seiner Warnung verweist auf eine Irredenta der internationalen Finanzpolitik, deren Lö-

sung über Glanz und Elend der Weltwirtschaft entscheiden kann. Hinter der Schwierigkeit, den neuen Leviathan zu bändigen, der längst an die Stelle des Staates als „sterblicher Gott“ (Hobbes, 1651) getreten ist, verbirgt sich aber der eigentliche Kern des Problems. Es geht um internationale wirtschaftliche Interessenpolitik. Sie ist Teil eines Kulturkampfes, in dem die Interessen aus divergenten sozialen Systemen der Produktion sich auf dem Weltmarkt im Streit um die Spielregeln gegenüberstehen. Erst in jüngster Zeit geriet auch diese Dimension des Finanzmarktproblems in das Blickfeld der Öffentlichkeit – nachdem sie zu Beginn der Bankenkrise von der Furcht vor einem Zusammenbruch der Weltfinanzmärkte überlagert wurde. In diesem Kulturkampf muss sich Deutschland positionieren und behaupten.

Heute operiert die viertgrößte Handelsnation von ihrer sicheren europäischen Marktbasis weltweit mit großem Erfolg. Sie muss sich auf eine Weltwirtschaftsordnung verlassen, die auf dem Funktionieren der *Lex mercatoria*, also des Kanons der gewohnheitsmäßig anerkannten Regeln der Weltwirtschaft, beruht. Diese verkörpert sich heute in internationalen Organisationen wie der Welthandelsorganisation (WTO), den Internationalen Finanzinstitutionen der Vereinten Nationen (IWF, Weltbank etc.), der G-7 oder der G-20. Von diesem Regelwerk geht aber eine Schönwetter-Sicherheit aus, von der nicht klar ist, ob sie kommenden Turbulenzen auf den Weltmärkten standhalten können. Umso wichtiger ist der Europäische Binnenmarkt als *Glacis* und Instrument deutscher Handelsmacht.

Dies war aus deutscher Sicht schon bei der Gründung im Jahr 1957 eine der wesentlichen Aufgaben der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (Auswärtiges Amt, 1956). Es gehört zu den gesicherten Ergebnissen wirtschaftshistorischer Forschung, dass der europäische Integrationsprozess spätestens seit dem Jahr 1954 nicht vorangetrieben wurde, um den Primat der Nationalstaaten zu brechen, sondern um seine Prärogative unter neuen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu erhalten und zu legitimieren (Milward, 1992). Aber auch aus einer längeren historischen Perspektive wissen wir, dass ein europäischer Einheitsstaat schwer vorstellbar ist. Für das Vereinigte Königreich und die skandinavischen Länder gehörte er von Anfang an erklärtermaßen nicht zu den Optionen der europäischen Integration und daran hat sich bis heute nichts geändert. Deutschland und Frankreich stehen – obgleich Nachbarn und europapolitische Dioskuren – in kultureller und sprachlicher Hinsicht Rücken an Rücken. Es gibt keine gemeinsame mediale und politische Öffentlichkeit und – jahrzehntelanger staatlicher Förderung zum Trotz – nur schwache transnationale Beziehungen. Wenn französische Intellektuelle über den Rhein blicken, wie es in der „Eurokrise“ wieder einmal der Fall ist, geschieht dies in der Art von Ethnologen, die versuchen, einen im Grunde fremden Volksstamm zu verstehen. Deutsche und Italiener haben sich über die Jahrhunderte besser kennengelernt, doch würde sich dieser Erfahrungsschatz für das Zusammenleben als eine gemeinsame Nation eher hinderlich erweisen.

Für Deutschland brächte der europäische Einheitsstaat unlösbare Probleme mit sich: verfassungspolitisch, weil der deutsche Föderalismus jeder einheitsstaatlichen Bindung im Wege steht; wirtschaftlich, weil die globale Wettbewerbsfähigkeit Deutsch-

lands wesentlich von wirtschaftskulturellen Voraussetzungen ausgeht, die in einem „Europa der 30“ kaum durchsetzbar wären. So wichtig der Binnenmarkt auch ist, so liegt doch jeder Integrationsschritt, der über ihn hinausgeht, nicht ohne weiteres im deutschen Interesse.

Ideal für Deutschland ist nach wie vor ein Integrationsziel unterhalb der Ebene einer supranationalen Verfassung, das gleichwohl einheitliche Verhältnisse auf dem Europäischen Binnenmarkt garantiert und damit eine sichere wirtschaftliche Basis. Dies würde nicht mehr Europa im Sinne einer supranational verfassten Union bedeuten, sondern die Aufgabe stellen, den Status quo der EU-Verträge von Lissabon und Nizza abzusichern und komfortabel auszustatten. In diesem Sinne würde dies auch mehr Europa bedeuten. Darunter lassen sich durchaus auch einheitliche wirtschaftspolitische Regeln verstehen, soweit deren Gültigkeitsanspruch nicht die Grenzen wirtschaftlicher Sekundärtugenden wie jene der öffentlichen Gesamtverschuldung, der staatlichen Haushaltsdefizite oder der nationalen Inflationsraten überschreitet. Sobald freilich produktive Primärtugenden betroffen sind, also kulturell definierte und historisch gewachsene unterschiedliche Fähigkeiten, bestimmten Herausforderungen der Märkte mit effizienten Verhaltens- und Denkweisen zu begegnen, gilt es, sie als wirtschaftliche Spielregeln der Mitgliedstaaten zu akzeptieren. Diese bedürfen nämlich so lange keiner Harmonisierung, als die Akteure nicht durch Wettbewerbsdruck – sei es durch Veränderung der relativen Preise auf relevanten Märkten, Verfügbarkeit neuer Technologien oder wirtschaftlichen Strukturwandel – gezwungen werden, frühere Entscheidungen infrage zu stellen.

Insoweit birgt jedes Überschreiten der Grenzlinie zur Supranationalität auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik die Gefahr schwerer Verletzungen deutscher Interessen – von der Inkaufnahme legitimatorischer Demokratiedefizite einmal ganz abgesehen.³ Eine einheitliche Wirtschafts- und Finanzregierung könnte zu leicht geneigt sein, die Besonderheiten der deutschen Wirtschaftskultur abzuschleifen, die nur schwer in den Rahmen standardkapitalistischer Normen passen – und noch dazu die anderen Staaten unter Erfolgsdruck setzen. Dazu zählt etwa die deutsche Bankenstruktur mit ihrem mehrheitlichen Anteil öffentlich-rechtlicher Institute. Diese entspricht zwar den Bedürfnissen der in Deutschland maßgebenden mittelständischen Wirtschaft, die eine vergleichsweise gleichmäßige Mobilisierung der wirtschaftlichen Ressourcen über die Fläche voraussetzen. Ein genossenschaftlich oder öffentlich-rechtlich organisiertes Bankensystem entspricht aber nicht dem Standardmodell eines konsequent nach Wettbewerbsgesichtspunkten organisierten Kapitalmarktes. Ähnliches gilt für das duale System der Berufsausbildung, das von außen gesehen den Nachteil zu haben scheint, eine höhere Studierendenquote zu verhindern. Mitbestimmung und Sozialstaat sind weitere Felder,

3 An der Überlegenheit der demokratischen Legitimität der europäischen Nationalstaaten hat vor allem der frühere Richter am Bundesverfassungsgericht Dieter Grimm (2005) keinen Zweifel gelassen.

auf denen komparative institutionelle Wettbewerbsvorteile auf dem Spiel stünden. Die Gefahr ist umso größer, als auch viele deutsche Akteure den Wert all dieser Besonderheiten selbst nach der jüngsten Krisenerfahrung noch immer nicht verstanden haben.

Eine Einheitswährung gehört übrigens nicht zu den Grundbedingungen, die der Europäische Binnenmarkt der deutschen Wirtschaft bereitstellen sollte. Anton Börner, der Präsident des Bundesverbands Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA), hat diese Selbstverständlichkeit im November 2011, auf dem Höhepunkt der „Eurokrise“, nüchtern ausgesprochen: „Wir können ohne den Euro leben“ (FAZ, 2011). Die Parole „Scheitert der Euro – scheitert Europa“ (Merkel, 2011) versteht sich ebenfalls nicht von selbst. Erstrebenswert wäre vielmehr ein möglichst umfassendes europäisches Währungssystem mit festen Wechselkursen, um die wichtigsten währungspolitischen Ziele ohne politischen Dauerkonflikt, hohe finanzielle Risiken und wachsende Entfremdung zwischen Wahlvolk und Volksparteien zu erreichen.

Heute dienen gewagte Anstrengungen dieser Art der Erhaltung der währungspolitischen Spaltung Europas zwischen „weichen“ und „harten“ Euroländern einerseits und zwischen Euroländern und Nicht-Euroländern andererseits. Verglichen damit wäre die Aufhebung dieser Spaltung in einem einheitlichen europäischen Währungssystem fester Wechselkurse ein erstrebenswertes Ziel. Was die deutsche (ebenso wie die europäische) Wirtschaft wirklich braucht, sind kalkulierbare Währungsverhältnisse, die nach Möglichkeit ganz Europa einschließen. Der Deutschen Bundesbank würde dabei wieder eine wichtige Rolle zukommen. Es ist deshalb auch kein Zufall, dass die Einführung des Euro gegen den massiven Widerstand der Deutschen Bundesbank erfolgte, deren (erste) Entmachtung von den europapolitischen Eliten als Preis für die Zustimmung Frankreichs und des Vereinigten Königreichs zur deutschen Vereinigung gesehen wurde.⁴ Dabei war die nationale Kontrolle über die Deutsche Mark als europäische Ankerwährung vor dem Hintergrund einer beschränkten deutschen Souveränität die mit Abstand wichtigste Machtressource der alten Bundesrepublik.

5 Deutsche Weltpolitik?

Auch in der Außenpolitik ist eine europäische Vergemeinschaftung der nationalen Interessen weder vorstellbar noch wünschenswert. Die westeuropäischen Vetomächte im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen werden sich im eigenen Interesse gegen ein gemeinsames europäisches Mandat sträuben. Und eine europäische Außenpolitik wird den kleinsten gemeinsamen Nenner suchen müssen, der im Zweifel keinem ihrer Mitglieder voll gerecht werden kann. Die Außenwirkung der EU sollte sich deshalb darauf beschränken, ein kon-

4 Im Hinblick auf die in der Eurokrise offen zutage tretende Abwendung der Europäischen Zentralbank von der deutschen Stabilitätskultur könnte man von einer „zweiten Entmachtung der Bundesbank“ sprechen (Abelshausen, 2010b).

zertiertes Vorgehen der Länder des „Rheinischen Kapitalismus“ auf dem Weltmarkt möglich zu machen und gleichzeitig den Mitgliedstaaten die Freiheit zu lassen, ihre Interessen im Rahmen globaler Herrschafts- und Lenkungsverhältnisse (Global Governance) auf eigene Rechnung (und Gefahr) zu vertreten.

Deutschland müsste also in der bestehenden europäischen Vertragsunion souveräner Staaten mit divergenten Wirtschaftskulturen keine Führungsposition anstreben. Es genügt, wenn es sich seine Handlungsfreiheit sichert, um aus festem europäischen Rückhalt heraus weltweit agieren zu können. Dies ist ein im europäischen Kontext realistischer Ansatz, weil andere ambitionierte Mitglieder der EU – wenn auch mit deutlich weniger Aussicht auf Erfolg – diese Positionsbeschreibung ebenfalls für sich in Anspruch nehmen. Allerdings liegen deren globale Machtressourcen vor allem außerhalb der wirtschaftlichen Sphäre. Frankreich und das Vereinigte Königreich stützen ihren weltpolitischen Anspruch in erster Linie auf ihren diplomatischen Status, den sie ihrem historischen Kapital als ständige Vetomächte im Weltsicherheitsrat und ihrer Stellung als Atommächte verdanken. Sie kompensierten damit in der Vergangenheit ihren schwindenden Einfluss als wirtschaftliche oder kulturelle Mächte von Weltrang. Dagegen hat die Bundesrepublik auf ihre Option, Atommacht zu werden – die sie im Dezember 1956 durch den geheimen Kabinettsbeschluss (Bundeskabinett, 1956), Atomwaffen in Deutschland zu produzieren, bestärkt hat⁵ –, im Jahr 1969 endgültig verzichtet. Jetzt könnte sie – anders als die europäischen Atommächte – aus dieser Entscheidung wirtschaftlichen Nutzen ziehen, weil sie in der Lage ist, ihre Energiewirtschaft vom atomaren Kreislauf zu trennen, ohne dazu eine Grundlage ihres weltpolitischen Anspruchs aufgeben zu müssen.

Vor diesem Hintergrund ist es alles andere als einfach, ein weltpolitisches Konzept für Deutschland zu entwickeln. Für die wirtschaftliche Großmacht Deutschland stellte sich vor 1990 nicht die Frage nach den Optionen zur Sicherung der eigenen weltpolitischen Interessen. Deutschland als Ganzes war nicht souverän und so sah sich die alte Bundesrepublik dem Blockdenken der westlichen Welt in besonderer Weise verpflichtet. Durch die Hallstein-Doktrin legte sie sich sogar noch weitere Fesseln an, die ihre Beziehungen zu den aufstrebenden Märkten der blockfreien Länder zusätzlich hemmten. Mit der Unterzeichnung des „Vertrags über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ (Zweipus-Vier-Vertrag) vom September 1990 fiel zwar die Souveränitätsbeschränkung weg, nicht aber die mentale und militärische Bindung an die USA, zumal diese weiterhin atomare Schutzmacht der Deutschen blieben. Erst die Entscheidung, sich nicht offiziell am zweiten Irakkrieg der US-Amerikaner zu beteiligen, machte die deutsche Handlungsfreiheit weltpolitisch erstmals aktenkundig – auch wenn sie durch das Schröder'sche Engagement in Afghanistan sogleich wieder kompensiert wurde. Eine Neuorientierung der deutschen Außenpolitik weg vom Blockdenken hin zu neuen Möglichkeiten in einer multipolaren Welt

5 Der trilaterale Vertrag von Rom, mit dem Deutschland, Frankreich und Italien am 7. April 1958 eine europäische Atommacht begründen wollten, wurde schon im Juni 1958 – nach der Machtergreifung des Generals de Gaulle – von Frankreich „sistiert“ (Abelshäuser, 2011, 253 f.).

lässt sich aber bisher nicht erkennen. Wie unsicher die deutsche Außenpolitik in der Wahrnehmung eigener Optionen ist, zeigt die Aufregung, welche die Stimmenthaltung im Weltsicherheitsrat zur Libyen-Frage auch in der Bundesregierung hervorgerufen hat.

Notwendig ist vor allem eine Neubestimmung des Verhältnisses zu den Schwellenländern. Der komparative politische Vorteil Deutschlands liegt dabei in seiner wirtschaftlichen Kompatibilität zu den Märkten in Brasilien, Russland, Indien, China oder Südafrika (BRICS). Anders als die USA steht Deutschland nicht im direkten Wettbewerb mit diesen aufstrebenden Volkswirtschaften, sondern unterstützt sogar noch deren wirtschaftliche Ambitionen, von denen es wiederum selbst profitiert. Diese Rolle als begehrter Ausrüster der sogenannten Emerging Markets sollte es Deutschland leicht machen, das Gespräch mit den neuen Präkandidaten einer multipolaren Weltordnung zu suchen, um gemeinsame Interessen im Rahmen der Global Governance abzustecken und durchzusetzen.

Deutschland muss Subjekt einer sich wandelnden Lex mercatoria bleiben und sollte nicht Objekt neuer Regeln werden, mit denen die aufsteigenden Nationen ihren Weg pflastern. Dies gilt überall dort, wo sich unter dem Druck der Schwellenländer neue Herrschafts- und Lenkungsverhältnisse in der Weltgesellschaft herausbilden. So ist es nicht unwesentlich, ob sich die Reform des Weltsicherheitsrates zulasten Deutschlands vollzieht oder ob diese die Chance eröffnet, eine angemessene und nachhaltige Beteiligung der führenden europäischen Wirtschaftsmacht an der Regelung weltweiter Sicherheitsfragen zu gewährleisten. Weil die Westmächte aus leicht nachvollziehbaren Gründen deutsche Ambitionen auf diesem Gebiet nicht unterstützen, lässt sich das Vorhaben nur zusammen mit den BRICS-Staaten realisieren.

Dies setzt freilich Anstrengungen voraus, die gemeinsamen Interessen zu definieren und in der Praxis durchzusetzen. Zu den wichtigsten Schauplätzen dieser Auseinandersetzung zählen zweifellos auch die Internationalen Finanzinstitutionen der Vereinten Nationen. Im IWF droht Deutschland, das dort nach den USA und Japan die drittgrößte Quote hält, eine empfindliche Schwächung seiner Position im Gouverneursrat der Organisation, weil Raum für eine größere Beteiligung der Schwellenländer geschaffen werden muss. Auch in dieser Frage kann sich Deutschland nicht auf seine nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Allianzen verlassen. Es muss zusammen mit den BRICS-Staaten nach Lösungen suchen, die deren berechtigtes Interesse nach Mitsprache unterstützen und gleichzeitig die eigene Stellung innerhalb der Global Economic Governance nicht schwächen. Ansatzpunkte dafür ließen sich finden. So gibt es ein gemeinsames Interesse an der Etablierung von Regeln, die als neue Lex mercatoria den Weltmärkten das Maß an Vertrauen und Stabilität vermitteln können, das die unsichtbare Hand des Standardkapitalismus nach Ausbruch der Finanzmarktkrise nicht garantieren konnte. Es wäre vermessen zu glauben, die Weltwirtschaft könnte am deutschen Modell genesen – zumal die Weltmärkte nur im Zusammenspiel ganz unterschiedlicher Wirtschaftskulturen ihr Potenzial an komparativen institutionellen Vorteilen ausschöpfen können (Abelshauser, 2012, 29 ff.). Die langjährigen positiven Erfahrungen mit der Sozialen Marktwirtschaft sind aber ermutigend genug, um dazu einen wichtigen Beitrag zu leisten. Immerhin zeigen sie, dass hohe ethische Ansprüche an die Weltmarktakteure durchaus mit wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit einhergehen können. Die neue

Plattform der G-20 eröffnet dafür zahlreiche sinnvolle Koalitionsmöglichkeiten. Eine erfolgreiche Vertretung deutscher Interessen auf dem Weltmarkt setzt aber zunächst eigene Vorstellungen von Weltpolitik und globaler Bündnispolitik voraus.

6 Schlussbemerkungen

Die Frage, ob der Inspektionseffekt der Finanzmarktkrise zu radikalen Verwerfungen innerhalb der bestehenden globalen Wirtschaftsordnung führt, muss zunächst offenbleiben. Weltpolitische Enthaltensamkeit könnte sich für die Bundesrepublik aber auch ohne eine dramatische Zuspitzung der Krise bald als Nachteil erweisen.⁶ Ihre starke Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt ist nämlich weniger durch eigene wirtschaftliche Schwäche gefährdet als vielmehr durch Veränderungen der machtpolitischen Rahmenbedingungen der Global Governance, auf deren Gestaltung die erfolgreiche Handelsnation zu wenig Einfluss nimmt.

Deutschland muss deshalb alle Anstrengungen unternehmen, den eigenen Einfluss im Verein mit jenen europäischen Nachbarn, die ähnliche wirtschaftliche Interessen verfolgen, für die Aushandlung und Durchsetzung globaler Spielregeln auf dem Weltmarkt einzusetzen. Diese Regeln sollten geeignet sein, die anstehenden Machtverschiebungen in der Weltwirtschaft möglichst ohne militärische Konflikte zu begleiten, und darüber hinaus Spielraum für den Wettbewerb unterschiedlicher Wirtschaftskulturen lassen. Die weltpolitische Option der deutschen Wirtschaftspolitik steht dabei nicht im Widerspruch zu einer starken europapolitischen Verankerung.

Die Ethik der Sozialen Marktwirtschaft, auf der die komparativen Wettbewerbsvorteile der deutschen Wirtschaft auf dem Europäischen Binnenmarkt wie auf den Weltmärkten gründen, verlangt auch nach einer aktiven Rolle der EU als Vertragsgemeinschaft souveräner Staaten in der Weltwirtschaft. Allerdings sollte der Kern dieser europäischen Wirtschaftsdoktrin darin bestehen, alle auf dem alten Kontinent vertretenen Wirtschaftskulturen zum Auftritt auf beiden Ebenen der Wirtschaftspolitik – der europäischen wie der globalen – zu ermächtigen. Ein europäischer Superstaat, der dies zugunsten einer einheitlichen wirtschafts- und finanzpolitischen Strategie unterbindet, könnte sich als kontraproduktiv erweisen – und nicht nur für die deutsche Wirtschaft. Alle europäischen Wirtschaftskulturen, die sich wie die deutsche nicht allein auf die unsichtbare Hand des Marktes verlassen können, sondern die vielmehr auf die Gestaltungskraft der produktiven Ordnungspolitik des Staates und der vertrauensvollen Kooperation ihrer Akteure angewiesen sind, müssten dann die institutionellen Grundlagen ihrer jeweiligen komparativen Vorteile auf den Märkten neu justieren. Erfahrungsgemäß wäre dies ein sehr langwieriger Prozess und das Ergebnis dieser Operation mehr als unsicher.

6 Beispielhaft für einen fahrlässigen Mangel an weltpolitischen Ambitionen ist die freiwillige vorzeitige Aufgabe des Amts des Geschäftsführenden Direktors des IWF durch Horst Köhler im März 2004, nachdem ihm die Bundesregierung die Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten angetragen hatte.

Literatur

Abelshauser, Werner, 2009a, Des Kaisers neue Kleider? Wandlungen der Sozialen Marktwirtschaft, RHI-Position, Nr. 7, München

Abelshauser, Werner, 2009b, Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer, Bonn

Abelshauser, Werner, 2010a, It's not the economy, stupid! Die politische Ökonomie der europäischen Integration in der Krise, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften, 8. Jg., Nr. 1, S. 1–23

Abelshauser, Werner, 2010b, Die zweite Entmachtung der Bundesbank, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 116, 21.5.2010, S. 12

Abelshauser, Werner, 2011, Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart, 2. Auflage, München

Abelshauser, Werner, 2012, Ricardo neu gedacht: Komparative institutionelle Vorteile von Wirtschaftskulturen, in: Abelshauser, Werner / Gilgen, David A. / Leutzsch, Andreas (Hrsg.), Kulturen der Weltwirtschaft, Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft, Nr. 24, Göttingen, S. 29–56

Albert, Michel, 1991, Capitalisme contre Capitalisme, Paris

Auswärtiges Amt, 1956, Kabinettsvorlage für die Sitzung am 4. Oktober 1956, Auswärtiges Amt, Politisches Archiv, B 2, Bd. 155, Berlin

Bundeskabinett, 1956, Beschluss vom 21. Dezember 1956 (geheim), Bundesarchiv-Militärarchiv, BW 1/48957, Bd. 2, Freiburg, S. 389

BVerfG – Bundesverfassungsgericht, 2009, 2 BvE 2/08 vom 30. Juni 2009, Abs. 3, URL: http://www.bverfg.de/entscheidungen/es20090630_2bve000208.html [Stand: 2012-05-04]

Chappe, Raphaële / **Nell**, Edward / **Semmler**, Willi, 2012, On the History of the U. S. Financial Culture, in: Abelshauser, Werner / Gilgen, David A. / Leutzsch, Andreas (Hrsg.), Kulturen der Weltwirtschaft, Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft, Nr. 24, Göttingen, S. 59–84

Die Welt, 2008, Köhler nennt Weltfinanzsystem ein „Monster“, Nr. 112, 14.5.2008, S. 2

Eucken, Walter, 1932, Staatliche Strukturwandlungen und die Krise des Kapitalismus, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 36, Nr. 2, S. 297–321

FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2011, Deutsche Exporteure hängen nicht am Euro, Nr. 262, 10.11.2011, S. 12

Fraunhofer-Institut für System und Innovationsforschung, 2007, Patente in Europa und in der Triade. Strukturen und deren Veränderung, Studien zum deutschen Innovationssystem, Nr. 9, Karlsruhe

Grimm, Dieter, 2005, Nach dem Scheitern des Verfassungsvertrages: auf der Suche nach Lösungen, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften, 3. Jg., Nr. 4, S. 553–561

Hall, Peter A. / **Soskice**, David (Hrsg.), 2001, Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage, Oxford

Herzog, Roman, 1997, Aufbruch ins 21. Jahrhundert, „Berliner Rede“ im Hotel Adlon am 26.4.1997, URL: http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Roman-Herzog/Reden/1997/04/19970426_Redde.html [Stand: 2012-05-15]

Hobbes, Thomas, 1651, Leviathan or the Matter, Forme and Power of a Commonwealth Ecclesiastical and Civil, Paris

Knapp, Georg F., 1905, Staatliche Theorie des Geldes, Leipzig

Mandeville, Bernard, 1732, The Fable of the Bees, or: Private Vices, Public Benefits. Containing Several Discourses, to demonstrate, that Human frailties, during the degeneracy of Mankind, may be turn'd to the Advantage of the Civil Society, and made to supply the Place of Moral Virtues, London

Merkel, Angela, 2011, Rede in der Generaldebatte des Deutschen Bundestages, Amtliches Protokoll der 123. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. September 2011, Berlin, S. 14470

Milward, Alan, 1992, The European Rescue of the Nation-State, London

Schmidt, Helmut, 1980, Vermerk über die ökonomischen Fragen gewidmeten Sitzungen des Venetianischen Gipfels am 22. und 23. Juni 1980, Archiv der sozialen Demokratie, Depositum Matthöfer, Bestand 031

Schmitt, Carl, 1922 [1934], Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität, München

Schmoller, Gustav, 1906, Das Verhältnis der Kartelle zum Staat, Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik am 27. und 28. September 1905 in Mannheim, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Nr. 116, Leipzig

Smith, Adam, 1776 [1920], Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes, Bd. 1, Jena